

# Antrag

**Initiator\*innen:** SPD-Ortsverein Dresden-Leuben

**Titel:** Solidarische Finanzierung der Rentenkasse

## Votum der Antragskommission

Debatte

## Antragstext

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an zuständige Parteiinstanzen  
2 weiterreichen, dass sich die SPD Sachsen für folgende Änderungen der  
3 gesetzlichen Rentenversicherung ausspricht:  
4 Die gesetzliche Rentenversicherung ist unter Einbeziehung aller Bürger\*innen neu  
5 aufzusetzen. Alle arbeitenden Personen sind verpflichtet in die  
6 Rentenversicherung einzuzahlen. Dazu zählen auch Abgeordnete, Beamtinnen und  
7 Beamte, Soldatinnen und Soldaten und Selbstständige. Das System ist so  
8 auszulegen, dass es eine Höchstrente, jedoch auch einen Höchstbeitrag  
9 (Beitragsbemessung) gibt. Die Beiträge sind bei Arbeitnehmer\*innen, Beamt\*innen  
10 und Soldat\*innen solidarisch vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer (bei Beamt\*innen  
11 etc der Staat) zu zahlen. Selbstständige führen entsprechend ihres Ertrages  
12 einen nach oben hin gedeckelten prozentualen Betrag an die Rentenversicherung  
13 ab. Es soll in die Überlegungen mit einbezogen werden, einen Kapitalfond aus  
14 Teil-Beiträgen aufzusetzen, welcher nachhaltig in die deutsche und europäische  
15 Wirtschaft investiert.

## Begründung

16 Die Rentenversicherung ist nur solidarisch und zukunftsfähig, wenn alle  
17 ausnahmslos in das System einzahlen und Ausnahmetatbestände reduziert werden.

18 Die gesetzliche Rente ist unaustauschbarer Teil der Sozialversicherung, wird  
19 jedoch zunehmend aus Steuermitteln querfinanziert. Eine grundlegende Reform der  
20 selbigen ist deshalb zwingend notwendig.

21 Die Digitalisierung und die damit verbundenen Wandlungen von Arbeitsformen und -  
22 modellen müssen in die Betrachtung einbezogen werden. Der demokratischen  
23 Entwicklung kann zusätzlich durch einen teilweise am Kapitalmarkt investierten  
24 Rentenfond abgeholfen werden.